

XXII. GP.-NR**669 J****2003 -07- 1 0****Anfrage**

der Abgeordneten Krist, Schopf, Keck
und GenossInnen

an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
betreffend: ***Zunahme der Zahlungsunfähigkeit von privaten Haushalten und Einzelpersonen aufgrund der ansteigenden Arbeitslosigkeit***

Aus den Statistiken der Dachorganisation der Schuldnerberatung Österreichs geht hervor, dass die Anzahl der privaten Überschuldungen bzw. Zahlungsunfähigkeiten von Privatpersonen und privaten Haushalten und die Anzahl der Schuldenregulierungsverfahren stetig angestiegen ist.

Laut Medienberichten stecken - nach Expertenmeinungen - derzeit mindestens 900.000 ÖsterreicherInnen in der „Schuldenfalle“ bzw. sind zahlungsunfähig, und die Schuldenberatungsstellen sind in ihrem Ressort ausgeschöpft. Überschuldete Personen müssen oft Monate auf einen Beratungstermin warten, was dann eine Verschlimmerung der Schulden-situation zur Folge hat. Durch die derzeit hohe Arbeitslosigkeit ist in den kommenden Monaten ein heftiger Andrang an die Schuldenberatungsstellen zu erwarten. Gemäß dem Arbeitsmarktservice Wien wurden dort alleine im Jahr 2002 ca. 93.854 Forderungsexekutionen bei Leistungsbeziehern registriert. Hauptursachen für die Überschuldungen sind nicht nur „falscher Umgang mit Geld“ oder zu leichte Kreditvergabe der Banken, sondern auch zu niedriges Einkommen - auch bedingt durch die steigenden Teilzeitbeschäftigungen, vor allem Arbeitslosigkeit und zu hohe notwendige Lebenserhaltungskosten der Betroffenen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele Personen waren in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) zahlungsunfähig bzw. wie viele Personen wurden als zahlungsunfähig registriert? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln)
2. Wie viele Personen haben in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) ein Schuldenregulierungsverfahren beantragt, wie viele davon wurden eröffnet und wie viele davon wurden erfolgreich abgeschlossen oder vorzeitig abgebrochen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln)
3. Wie viele Forderungs- und Fahrnisexekutionen wurden in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) bundesweit registriert? Wie viele Anfragen von den Gerichten, um Bekanntgabe eines Drittschuldners aus einem Arbeitsverhältnis,

- wurden beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger eingebracht? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Altersgruppen, Berufsgruppen oder Einkommenssituation - Vollzeit oder Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln)
4. Wie viele Forderungsexekutionen und Exekutionsvormerkungen wurden in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) in den Pensionsversicherungsanstalten registriert? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder des Einkommens - Teilzeit, Vollzeit, Arbeitslose und Pensionsversicherungsanstalten aufschlüsseln)
 5. Wie viele Forderungsexekutionen und Exekutionsvormerkungen wurden in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) bei Beziehern von Leistungen aus Arbeitslosenversicherung, Notstandshilfe und Sondernotstandshilfe registriert? (Bitte genau nach Bundesländern und Geschlecht aufschlüsseln und nach Art des Bezuges spezifizieren)
 6. Wie viele Erstkontakte und Beratungen gab es in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) bei Schuldenberatungsstellen und wie vielen Klienten konnten die Schuldenberatungsstellen effektiv helfen bzw. den Auftrag erfolgreich abschließen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder des Einkommens - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln)
 7. Wie viele Personen mussten in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) wegen erfolgloser Exekutionen ein Vermögensverzeichnis vor Gericht ablegen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder des Einkommens - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln)
 8. Bei wie vielen Eigentümern von Liegenschaften wurden wegen Zahlungsunfähigkeit der Eigentümer, in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) eine zwangsweise Pfandrechtsbegründung von den Gerichten bewilligt? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln)
 9. Wie viele Räumungsexekutionen wurden wegen Zahlungsunfähigkeit von Mietern bei Mietobjekten in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 (Stichtag 30.06.2003) von den Gerichten bewilligt und wie viele davon wurden vollzogen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln)
 10. Was sind die Hauptursachen für die Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit privater Haushalte und Einzelpersonen bzw. welchen Zahlungsverpflichtungen können die Verpflichteten hauptsächlich nicht nachkommen?
 11. Sind von der Bundesregierung Maßnahmen gegen die ansteigenden Überschuldungen bzw. Zahlungsunfähigkeiten von privaten Haushalten und Einzelpersonen, die auch auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind, geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?

12. Sind von der Bundesregierung, wegen des zu erwartenden Anstieges der zahlungsunfähigen Personen - verursacht durch die derzeit hohe Arbeitslosigkeit - Maßnahmen zur Unterstützung und Erweiterung der Schuldenberatungsstellen geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?

13. Sind von der Bundesregierung Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit - auch im Ressort des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz - geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?









